

Allgemeine Geschäftsbedingungen

(AGB zur Online-Beratung)

Diese allgemeinen Geschäftsbedingungen regeln das Vertragsverhältnis zwischen der Diplom-Psychologin Katharina Gutmann, im folgenden 'Berater' genannt, und den Nutzern seines Beratungsangebotes, im folgenden 'Klienten' genannt.

1. Vertragsgegenstand

Der Berater ist durch den Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) als Online-Berater zertifiziert und bietet auf den Seiten seiner psychologischen Praxis (www.praxis-zum-see.de) die Möglichkeit einer psychologischen Beratung per Internet an.

Die Online-Beratung orientiert sich an den ethischen Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGP) und des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP).

Die psychologische Online-Beratung kann in Form von E-Mail, Telefon, oder Video-Konferenz abgewickelt werden. Klient und Berater bestimmen das Medium der Beratung als auch den entsprechenden Dienstanbieter (Provider) im Falle einer Beratung per Internet, wie zum Beispiel Skype oder Webtrax, über den das Gespräch dann abgewickelt wird. Die Kosten des genutzten Providers übernimmt jede Seite selbst.

2. Reservierung

Durch die fernmündliche oder schriftliche Reservierung eines Termins zur Online-Beratung begründet sich ein Dienstvertrag im Sinne des § 611 BGB. Der Berater schuldet dem Klienten ein sachgerechtes Tätigwerden nach gesellschaftlichem und wissenschaftlichem Standard zum vereinbarten Zeitpunkt.

Der Dienstvertrag endet mit der Beendigung des Gespräches durch den Klienten oder den Berater. Er beginnt erneut mit der Absprache eines neuen Termins, oder bei der Beratung durch E-Mail, durch die Bitte um Beantwortung einer Frage.

3. Vorgespräch

Zur Abklärung der organisatorischen Fragen und der Passung von Klient und Berater dient ein kostenloses und unverbindliches Vorgespräch von 15 Minuten Dauer. Das Gespräch kann dann sofort oder später kostenpflichtig weitergeführt werden, wenn Klient und Berater dieses wünschen.

4. Honorar

Für die Beratungsleistungen innerhalb eines jeden Dienstvertrages berechnet der Berater dem Klienten ein zeitabhängiges beziehungsweise zeilenabhängiges Honorar, welches dem Klienten über die Webseite des Beraters vor der Online-Sitzung bekannt gegeben werden muss.

5. Verbindung

Weder Klient noch Berater können die technischen Voraussetzungen an den Endgeräten für Verbindungen über das Internet zum Zeitpunkt des geplanten Gespräches garantieren. Beide Seiten tun jedoch ihr Möglichstes, um die entsprechende Verbindung aufzubauen und während des Gesprächs aufrecht zu erhalten. Eine Haftung für Schäden durch aus technischen Gründen verhinderte oder abgebrochene Gespräche wird beiderseits ausgeschlossen.

Ein Gespräch gilt als pünktlich begonnen, solange es noch innerhalb einer Viertel Stunde nach dem vereinbarten Termin zustandekommt (akademische Viertelstunde). Danach sind weder Klient noch Berater verpflichtet, weitere Versuche zu unternehmen, eine Verbindung aufzubauen. Erreichen sich Klient und Berater verspätet, kann der Termin im gegenseitigen Einvernehmen stattfinden oder verlegt werden.

Beide Seiten bemühen sich jedoch ernsthaft, alles zu tun, damit ein geplantes Gespräch pünktlich stattfinden kann. Für den Fall, dass bei einem der Parteien der Eindruck entstehen sollte, dass die andere Seite nicht ernsthaft bemüht ist, können weitere Gespräche ausgesetzt werden.

Klient und Berater vereinbaren hiermit, dem Anderen eine Terminverhinderung so früh als möglich bekanntzugeben. In keinem Fall haften Klient oder Berater für eine Verspätung oder den Ausfall eines

Termins, weder wegen höherer Gewalt, noch wegen leichter oder grober Fahrlässigkeit, auch nicht wegen Mutwilligkeit.

6. Zahlung

Vor dem ersten Beratungsgespräch sendet der Klient seine Kontaktdaten mittels eines Eingangsbogens per E-Mail oder per Post an den Berater. Zudem stellt er einen Identitätsnachweis zur Verfügung, zum Beispiel in Form der beidseitigen Kopie seines Personalausweises mit aktueller Anschrift. Für die Abwicklung seiner Zahlungsverpflichtungen muss der Klient beim Berater ein Guthaben hinterlegen, sofern er sich nicht für das Lastschriftverfahren entschieden, und zusätzlich zum Identitätsnachweis eine entsprechende Einzugsermächtigung ausgefüllt hat.

7. Rechnung

Am Ende eines jeden Monats sendet der Berater dem Klienten eine Rechnung mit einer Übersicht der stattgefundenen Gespräche dieses Monats, dem Rechnungsbetrag, bzw. im Falle von Vorauszahlungen das noch verfügbare Guthaben des Klienten.

8. Lastschrift

Der Einzug von Rechnungsbeträgen per Lastschrift erfolgt jeweils am fünften Tag des Folgemonats, jedoch frühestens eine Woche nach Rechnungsstellung. Dabei teilt der Berater dem Klienten die entsprechende Mandatsnummer mit.

9. Rückzahlung

Im Falle eines nicht verbrauchten Guthabens des Klienten auf dem Konto des Beraters ist eine Rückzahlung innerhalb von einer Woche nach Aufforderung durch den Klienten vorzunehmen. Der Klient teilt dazu formlos seine Bankverbindung mit.

10. Schweigepflicht

Im Falle von Vergütungsansprüchen durch den Berater, die rechtsstreitig eingefordert werden müssen, entbindet der Klient den Berater hiermit von der Schweigepflicht gegenüber den rechtspflegerischen Institutionen hinsichtlich der Umstände der Beratung, die aus der Sicht des Beraters die Zahlungsverpflichtungen begründen.

11. Zeugnisverweigerungsrecht

Da die Online-Beratung keine Psychotherapie darstellt, kann davon ausgegangen werden, dass dem Berater als Zeuge in Strafprozessen kein Zeugnisverweigerungsrecht zugestanden wird und somit eine Aussage bezüglich des Klienten von den Behörden erzwungen werden könnte.

12. Hilfeleistung

Im Falle des Bekanntwerdens einer akuten Selbst- oder Fremdgefährdung ist der Berater gesetzlich zur Hilfeleistung verpflichtet und muss daher abwägen, ob die Einschaltung des für den Wohnort des Klienten zuständigen Ordnungsamtes in diesem Fall angemessen und gerechtfertigt ist.

13. Datenschutz

Der Berater fertigt während der Gespräche Notizen zur Gedächtnisstütze an und legt diese zusammen mit anderen Dokumenten dieses Falles in einer Akte ab. Diese wird den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend vor fremdem Zugriff verwahrt. Der Kläger stimmt zu, dass die Unterlagen fünf Jahre nach Beendigung der Beratung und Zahlung aller Vergütungen auf Veranlassung des Beraters nach den geltenden Datenschutzbestimmungen vernichtet werden.